



Kreisverband Main-Taunus

Der Rotationserlass

Ein Damoklesschwert über dem Wechselschichtdienst

Eine Einschätzung aus den Reihen der Basis

Mit der Einführung des Rotationserlasses, der als verpflichtende Maßnahme in Kraft trat, hat sich unter vielen Kolleginnen und Kollegen der Polizei ein Gefühl des Unverständnisses, der Enttäuschung und letztlich der Resignation breitgemacht. Besonders betroffen sind Beamtinnen und Beamte im Wechselschichtdienst, die gezwungen wurden, ihre vertraute Dienststelle oder sogar ihren Lebensmittelpunkt zu verlassen – oft gegen ihren ausdrücklichen Willen.

Die Frage, warum sich nur wenige offen gegen diese Maßnahme ausgesprochen haben, hat uns als Kreisverband der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) im Main-Taunus-Kreis veranlasst, die Stimmungslage genauer zu erfassen. In einer gewerkschaftsüber-

Besorgniserregend ist zudem die Angst vieler Beschäftigter, sich offen zu äußern. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen machten deutlich, dass sie sich aus Sorge vor möglichen Konsequenzen nicht offiziell äußern oder entsprechende Anträge stellen wollen. Diese Unsicherheit und das fehlende Vertrauen sind klare Anzeichen für eine angespannte Stimmung innerhalb der Belegschaft.

Die Auswirkungen des Rotationserlasses treffen auch ältere Kolleginnen und Kollegen, die im Zuge der Einstellungsinitiative des Landes Hessen zur Polizei kamen. Für viele von ihnen ist ein stabiler Arbeitsplatz – im Sinne eines vertrauten Umfelds – ein entscheidender Faktor. Doch auch jüngere Beschäftigte wünschen sich zunehmend Kontinuität und Sicherheit. Nicht jeder strebt eine Führungsposition an – und das sollte auch kein Muss sein.

**Der Mensch darf nicht
hinter einem starren Konzept zurückstehen.
Denn wenn das Vertrauen in die Organisation verloren geht,
leidet nicht nur der Einzelne –
es leidet die gesamte Institution.**

greifenden Umfrage haben wir über einen Zeitraum von drei Monaten Beamtinnen und Beamte der Polizeistationen in Hofheim, Kelkheim, Eschborn und Flörsheim persönlich befragt.

Das Ergebnis fiel eindeutig aus: Die überwiegende Mehrheit sprach sich klar gegen den Zwang zur Rotation aus. Nur wenige Befragte konnten der Maßnahme etwas Positives abgewinnen – meist handelte es sich dabei um Kolleginnen und Kollegen, die eine Führungslaufbahn anstreben. Auch sie betonten jedoch, dass Zwang der falsche Weg sei.

Perspektiven und eine Kultur der Wertschätzung. Denn am Ende profitieren nicht nur die Organisation selbst, sondern auch die Gesellschaft, der wir tagtäglich dienen.

Unsere Forderung ist deshalb differenziert: Wir fordern keine generelle Abschaffung des Rotationserlasses, sondern ein überlegtes und ausgewogenes Vorgehen. Wer sich für eine Führungsposition innerhalb der Polizei entscheidet, sollte selbstverständlich bereit sein, verschiedene Dienststellen kennenzulernen. Gleichzeitig muss es aber ebenso legitim sein, wenn jemand bewusst keine Führungsrolle anstrebt und stattdessen auf Kontinuität und Stabilität in seinem beruflichen Alltag setzt.

*Marc Baron von Heyking,
Vorsitzender DPolG-KV MTK,
Christian Melchior,
stellvertretender Vorsitzender DPolG-KV MTK*

IMPRESSUM

Redaktion:
Alexander Schuster (V. i. S. d. P.)

Landesgeschäftsstelle:
Dwight-D.-Eisenhower-Str. 9
65197 Wiesbaden
Tel.: 0611.97454404
Fax: 0611.97454406
E-Mail: schuster@dpolg-hessen.de
ISSN 0723-1830

Namentlich, als Kommentar oder anders gekennzeichnete Veröffentlichungen spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und der DPolG Hessen wider.



Christian Melchior links und Marc Baron von Heyking vom Kreisverband Main-Taunus

Klausurtagung der DPolG in Berlin

Innere Sicherheit im Fokus – Zeichen gesetzt durch Bundesinnenminister Dobrindt

Berlin – In einer wegweisenden Klausurtagung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) rückte am 8. September 2025 einmal mehr die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ins Zentrum. Als 1. stellvertretender Landesvorsitzender der DPolG Hessen nahm ich an dieser wichtigen Veranstaltung teil, bei der namhafte Gäste wie Bundesminister des Innern, Alexander Dobrindt, MdB, und der Parlamentarische Staatssekretär Christoph de Vries, MdB, angereist waren, um mit uns über die Herausforderungen und Fortschritte in der Sicherheitspolitik zu diskutieren.



© DPolG Hessen

Innere Sicherheit – eine politische Notwendigkeit

Deutschland sieht sich in jüngster Zeit mit einer Vielzahl komplexer Bedrohungen konfrontiert: von Organisierter Kriminalität über Extremismus bis hin zu Migrationsbewegungen, die in vielen Fällen eine rechtliche und logistische Herausforderung darstellen. Die Klausurtagung war daher nicht nur korrekt, sondern dringend nötig, um klarzumachen: Wer Sicherheit verspricht, muss auch liefern. Dass wir als Gewerkschaft hier nicht nur Reden, sondern echte Maßnahmen einfordern, war Konsens.

Die Leistungen von Alexander Dobrindt – starke Signale, konkrete Schritte

Mit Alexander Dobrindt als Bundesminister des Innern ist ein deutlicher Politikwechsel eingetreten, der bereits mehrere Handlungsfelder mit Nachdruck aufgreift:

- Grenzkontrollen und Migrationspolitik: Unter Dobrindt wurde der Kurs verschärfter Kontrolle der Grenzen wieder aufgenommen. Dies geschieht nicht aus Abschreckung allein, sondern als Signal der Staatlichkeit: Gesetze und Regeln müssen gelten.
- Ausweitung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden: Für die Polizei und Nachrichtendienste werden Werkzeuge freigegeben beziehungsweise gestärkt, die nötig sind, um effektiver gegen Bedrohungen wie Extremismus und schwere Kriminalität vorzugehen – etwa der erweiterte Zugriff auf IP-Adressen zur Aufklärung digitaler Spuren.
- Bekämpfung von Extremismus: Rechts-, Linksextremismus und Islamismus werden gleichrangig bekämpft, mit klarer Linie und ohne Ausnahmen. Dobrindt betont ausdrücklich, dass wir nicht dulden dürfen, dass Organisationen oder Ideologien die freiheitlich-demokratische Grundordnung angreifen.
- Sicherheitsinfrastruktur und Ausstattung: ein Minister, der anerkennt: Wer Sicherheit fordert, muss Polizei und Behörden mit Personal, Technik und Rückhalt ausstatten. Das war einer der Kernpunkte in Dobrindts Reden und ein Aspekt, den wir als DPolG seit Jahren vehement einfordern.

Diese Maßnahmen sind nicht allein symbolisch; sie setzen einen realen Rahmen, in dem Polizei und Sicherheitsdienste arbeiten können und müssen. Ich sehe sie als solide Schritte auf dem Weg, das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und dessen Schutzfunktionen zu stärken.

Manuel Stoll, 1. stellvertretender Landesvorsitzender

Christoph de Vries: Akzentuierung und Perspektiven

Auch Christoph de Vries war als Gast geladen. Seine Erfahrungen im Parlament und seine langjährige Beschäftigung mit Sicherheits-, Rechts- und Haushaltspolitik schärfen die Diskussion besonders hinsichtlich der Haushaltsmittel für die Sicherheitsbehörden und der politischen Verantwortung, die hinter jedem Einsatz steht.

Forderungen und Ausblick aus Sicht der DPolG Hessen

Aus meiner Sicht als 1. stellvertretender Landesvorsitzender in Hessen ist klar: Es reicht nicht, nur Gesetze zu verschärfen oder Befugnisse auszuweiten. Entscheidend sind:

1. verlässliche Ausstattung vor Ort – bei Beamten, Technik und Pflege der Arbeitsbedingungen,
2. Kontinuität und Umsetzbarkeit der Bund-Länder-Kooperationen, damit die Sicherheitsbehörden nicht Spielball politischer Diskurse werden,
3. Transparenz und Rechtsstaatlichkeit, damit der Einsatz neuer Befugnisse und Mittel nachvollziehbar bleibt und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger nicht verloren geht.

Fazit

Die Klausurtagung hat deutlich gemacht: Es besteht politischer Wille – unter Alexander Dobrindt – zur Zeitenwende in der inneren Sicherheit. Für uns Polizistinnen und Polizisten, aber auch für die Bevölkerung, ist das ein starkes Signal. Es bleibt die Aufgabe, gemeinsam mit dem Dienstherrn, mit Ländern und Kommunen, diese Politik mit Leben zu füllen. Die DPolG Hessen sieht Erwartungen erfüllt, aber nicht abgeschlagen – wir stehen bereit, kritisch, konstruktiv und mit Blick auf das, was Tag für Tag geleistet wird.

Manuel Stoll

1. stellvertretender Landesvorsitzender DPolG Hessen

JUNGE POLIZEI

Neueinstellungstermin an der HöMS

Erfolgreiche Mitgliederwerbung der DPoIG Hessen

JUNGE POLIZEI als tatkräftige Unterstützung

Am 1. September 2025 war es wieder so weit: Die neuen Anwärtinnen und Anwärter haben ihren Dienst in der hessischen Polizei angetreten. Insgesamt rund 320 junge Kolleginnen und Kollegen starteten ihre Ausbildung – ein wichtiger Moment nicht nur für die Polizei, sondern auch für die DPoIG.

In den darauffolgenden vier Tagen war unsere JUNGE POLIZEI mit Unterstützung unserer Kreisverbände an den Standorten Kassel, Wiesbaden, Mühlheim und Gießen präsent, um die neuen Kolleginnen und Kollegen zu begrüßen und für die Arbeit der DPoIG zu werben. Rund jeder Fünfte entschied sich an den blauen Infoständen für eine Mitgliedschaft. Besonders erfreulich ist das Ergebnis in Wiesbaden, wo sich uns sogar fast jeder Dritte anschloss.

Der Landesjugendleiter dankt ausdrücklich den beteiligten Kreisverbänden aus Mittelhessen, Wiesbaden, Frankfurt, Limburg, dem Hochtaunus-Kreis, Südosthessen, Kassel sowie dem Werra-Meißner-Kreis für ihr großes Engagement. Weiter führt Dominic Wildenhain aus: „Auch wenn das Ergebnis nicht unser Bestes war, gibt es keinen Grund zur Unzufriedenheit. Unsere Erfahrung an den Werbeständen zeigt deutlich, dass sich mittlerweile auch die Konkurrenz unserer Strategien bedient. Das bestätigt uns in unserer Arbeit als JUNGE POLIZEI – und zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“

Deutlich wurde aber auch: Die DPoIG bietet im Vergleich zur Konkurrenz schlicht die besseren Leistungen. Genau diese Vorteile gilt es, künftig noch stärker hervorzuheben, um noch mehr Kolleginnen und Kollegen von unserer Gewerkschaft zu überzeugen.

Jetzt gilt es, den eingeschlagenen Kurs beizubehalten und die nächsten Schritte vorzubereiten. Ziel ist es, sich bis Februar 2026 neu zu



Unser Team an der HöMS in Gießen



Unser Team an der HöMS in Kassel

sortieren und die Werbemaßnahmen gezielt weiterzuentwickeln. Mit Motivation, Teamgeist und klarer Argumentation werden wir auch zukünftig viele junge Kolleginnen und Kollegen für die DPoIG gewinnen können.

Darum lautet der Appell der JUNGEN POLIZEI: Mitgliederwerbung lebt vom Mitmachen. Jede helfende Hand an den Ständen macht einen Unterschied und zeigt, dass die DPoIG eine starke Gemeinschaft ist. Wir laden alle Mitglieder herzlichst dazu ein, sich künftig aktiv an der Mitgliederwerbung zu beteiligen und so gemeinsam die Zukunft unserer Gewerkschaft mitzugestalten.

Dominic Wildenhain, Landesjugendleiter

Beförderungstermin 1. Oktober 2025

Herzlichen Glückwunsch zur Beförderung

Die DPoIG Hessen gratuliert allen Kolleginnen/Kollegen, die zum 1. Oktober 2025 befördert wurden. Eine Beförderung ist auch immer eine Möglichkeit, Wertschätzung und Anerkennung für entsprechende Leistungen und Motivation auszusprechen. In diesem Sinne hofft die DPoIG Hessen, dass sich zum 1. April 2026 viele Kolleg(inn)en über eine entsprechende Urkunde freuen können.

Hinweis in eigener Sache:

Um alle Gewerkschaftsleistungen, insbesondere den Rechtsschutzanspruch erhalten zu können, müssen die entsprechenden Personaldaten stimmen. Deshalb muss eine Beförderung mitgeteilt werden. Am einfachsten ist das über die Homepage unter dem Reiter Mitgliedschaft – Änderungsmitteilung möglich.



Das Team an der HöMS in Mühlheim am Main



Das Team an der HöMS in Wiesbaden



DPoIG Hessen

Hessischer Landtag – Parlamentarischer Abend

„Alle Macht geht vom Volke aus“ ist ein Grundprinzip in unserem Land und findet sich auch in der Verfassung wieder. Der Landtag in Hessen ist der höchste Repräsentant des Landes und dieses Grundprinzips demokratischen Verständnisses.

Um mit allen Teilen des Volkes im direkten Kontakt zu bleiben, veranstaltet der Hessische Landtag einmal im Jahr einen Parlamentarischen Abend. Geladen sind neben Persönlichkeiten aus der Politik auch Vertreter von Polizei, Bundeswehr, den US-Streitkräften, Vereinen und Organisationen des Gemeinwohls sowie Personen aus Kunst, Kultur und Gesellschaft.

Sich außerhalb der üblichen Kanäle und Sitzungen mit Personen und Menschen zu treffen, die nicht nur interessante Meinungen und unterschiedliche Hintergründe haben, sondern sich offen und breit auszutauschen, macht einen Parlamentarischen Abend aus.

Auf Einladung des Hessischen Landtages war es im September wieder so weit. Gegen 19 Uhr begann die Veranstaltung, welche gut besucht und mit interessanten Menschen bestückt war.

Landes- und Politikspitzen

Neben dem Ministerpräsidenten Boris Rhein als Spitze der Landesregierung waren auch die Minister zahlreich vertreten. Prof. Dr. Roman Poseck als Innenminister mit Staatssekretär Martin Rößler ebenso wie Kultusminister Armin Schwarz und andere Kabinettsmitglieder waren vor Ort. Aber auch viele Landtagsabgeordnete der Fraktionen konnte man antreffen. Ministerpräsident Boris Rhein dankte in seiner Eröffnungsrede den Anwesenden aus allen Bereichen und betonte den Wert, den eine lebendige Demokratie hat.



DPoIG-Landesvorsitzender Alexander Glunz und Ministerpräsident Boris Rhein

Vertreter aus Politik, Polizei und Gesellschaft

Der Veranstaltung entsprechend waren auch Landespolizeipräsident Felix Paschek sowie einige Polizeipräsidenten und der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Polizei, Daniel Klimpke, anwesend. Auch die Spitzen der Bundespolizei, der Bundeswehr und der US-Streitkräfte waren vertreten. Für die DPoIG Hessen war der Landesvorsitzende Alexander Glunz eingeladen.



Alexander Glunz, Marie Sophie Künkel, Husam Sanori (von links)

Gelegenheit zum Austausch genutzt

Dieser nutzte auch gleich die Gelegenheit und tauschte sich mit den Führungskräften der Bundespolizei über die dort schon lange eingeführte Besoldungsstufe A 13Z aus. Bei der Bundespolizei wurde unter anderem durch steigende Aufgabenfülle die Besoldungsstufe A 13Z eingeführt. Das bedeutet sechs silberne Sterne und noch mal eine Besoldungsstufe mehr als A 13 g. D. Aber auch die Nachwuchsgewinnung und Einsatzbelastung bei den Kollegen vom Bund waren Gesprächsthema.

Gespräche, um sich zu verstehen und auszutauschen

Neben einem kurzen Gespräch mit dem Ministerpräsidenten gab es für den DPoIG-Landesvorsitzenden aber auch die Möglichkeit, mit den Innenpolitikern und -politikerinnen der Parteien zu sprechen. Zusammen mit dem dbb Kollegen Husam Sanori vom Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) wurde ein ausgiebiges Gespräch mit der Landtagsabgeordneten und Innenpolitikerin Marie Sophie Künkel (CDU) geführt. Auch mit der innenpolitischen Sprecherin der SPD, Lisa Gnadl, wurde ein Gesprächstermin für die nahe Zukunft verabredet. Die DPoIG Hessen will in diesen Gesprächen unter anderem das Thema der andauernden verfassungswidrigen Besoldung sowie der derzeitigen Projekte auf die Tagesordnung bringen. Weitere Gespräche über verschiedenste Themen schlossen sich an.

Eine gute Veranstaltung, ein guter Austausch

Neben dem nützlichen Austausch war dieser Abend auch eine Gelegenheit zum besseren Kennenlernen. Denn nur wer sein Gegenüber kennt und ihm vertraut, kann mit ihm zusammenarbeiten. In diesem Sinne war es eine verbindende Veranstaltung.